
Eine neue Gemeinnützigkeit? Organisations- und Rechtsformen von Nonprofit-Organisationen

Birgit Weitemeyer

Abstract: Zunehmend suchen unternehmerisch denkende Einzelpersonen ebenso wie Stiftungen von Unternehmen und Unternehmerpersönlichkeiten nach Wegen, wirtschaftliche Dynamik in sozialen Projekten umzusetzen. Innovative Ansätze des sozialen Engagements in Form von Venture Philanthropie, Social Entrepreneurship und Social Investments sind bereits Gegenstand der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, jedoch hat die Rechtswissenschaft das Thema erst in Ansätzen erfasst. Angesichts der Aufgabe der Rechtswissenschaft, einen sinnvollen Rechtsrahmen für erfolgreiches Handeln von Social Entrepreneurs zu entwickeln, wendet sich der Beitrag der Frage zu, welche Problemfelder zivilrechtlicher und steuerrechtlicher Art für die verschiedenen Erscheinungsformen innovativer Philanthropie bestehen und wie die Rechtswissenschaft entgegen ihrer bisherigen zögerlichen Zuwendung zu diesem Forschungsbereich dazu beitragen kann, sinnvolle Lösungsansätze anzubieten. So wird untersucht, inwieweit das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts des Jahres 2013 unternehmerisch handelnde Nonprofit-Organisationen tatsächlich »gestärkt« hat und welche weiteren Verbesserungen im Steuerrecht sowie im Recht der Genossenschaft und im Vereinsrecht notwendig sind.

Keywords: Nonprofit-Organisationen, Dritter Sektor, Zivilgesellschaft, Rechtsformen, Soziales Unternehmertum, Soziale Investitionen, Gemeinnützigkeit

1 Neue Formen gemeinnützigen Handelns durch Social Entrepreneurship, Social Business und Social Investment

Dieser Beitrag wendet sich der Frage zu, welche Problemfelder zivilrechtlicher und steuerrechtlicher Art für die verschiedenen Erscheinungsformen innovativer Philanthropie bestehen und wie die Rechtswissenschaft entgegen ihrer bisherigen

zögerlichen Zuwendung zu diesem Forschungsbereich dazu beitragen kann, sinnvolle Lösungsansätze anzubieten.

1.1 Turnaround im NPO-Management oder bloße Modeerscheinung?

Die Statistiken zeigen eine unverminderte Attraktivität von Stiftungen in Deutschland. 638 rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts sind in Deutschland im vergangenen Jahr gegründet worden; der Bestand an Stiftungen ist um 3,1 % auf 20 150 gewachsen.¹ Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds für die Vermögensanlage von Stiftungen, da im Zuge der Finanz- und Eurokrise mit vielen Anlageklassen nur niedrige Zinsen zu erwirtschaften sind, gehen Stiftungen zunehmend alternative Wege zu ihrer Zweckverwirklichung.² Auch in anderen Organisationen des Dritten Sektors versucht man, stärker unternehmerisch und wirkungsorientiert kulturelle, soziale oder ökologische Zwecke zu verfolgen. Venture Philanthropie, Social Entrepreneurship und Social Investments nennen sich diese Phänomene mit vielfältigen Erscheinungsformen, die der Innovationsfreude ihrer Akteure geschuldet sind. Die Entwicklung nahm in den USA bereits in den 1980er Jahren ihren Lauf. In Europa fand das Konzept mit der Schaffung neuer Genossenschaftsformen etwa für Arbeitslose in Italien im Jahr 1991 erste Verbreitung (vgl. Defourny/Nyssens 2010: 33, 36 f., 44, 46). Die Politik fordert die Verbesserung von Infrastrukturmaßnahmen für soziales Unternehmertum³ und auf der Basis von EU-Initiativen (vgl. Europäische Kommission 2011a, 2011b) sind nationale Förderprogramme für Social Entrepreneurs aufgelegt worden.⁴ So haben die in der G8 verbundenen führenden Industriestaaten eine Taskforce für Social Impact Investment gegründet, um Social Impact Bonds zu fördern, mit denen private Geldanleger in soziale Projekte investieren. Die Rendite speist sich aus staatlichen Zahlungen, die erfolgen, wenn es dem Projekt gelingt, seine sozialen Ziele zu verwirklichen, etwa die Rückfallquote von entlassenen Häftlingen zu senken, da die Kosten für den Staat ohne solche Erfolge um ein Vielfaches höher wären und man privaten Organisationen offenbar mehr Engagement und Ideenreichtum zutraut als Behörden. Mehr als 20 Bonds solcher Art soll es bereits in Großbritannien, den USA, Australien und den Niederlanden geben (vgl. Michler 2014).

1 vgl. www.stiftungen.org, Zugriff 10. 02. 2014.

2 vgl. www.stiftungen.org, Zugriff 10. 02. 2014.

3 vgl. www.dialog-ueber-deutschland.de/DE/20-Vorschlaege/20-Wovon-Leben/Einzelansicht/Vorschlaege, Zugriff 10. 02. 2014.

4 Förderprogramm der KfW, vgl. http://www.kfw.de/kfw/de/Inlandsfoerderung/Programm-uebersicht/Finanzierung_von_Sozialunternehmen/index.jsp, Zugriff 10. 02. 2014.

Insgesamt ist zu beobachten, dass es sich nicht nur um eine bloße Modeerscheinung handelt, sondern Aufgaben des sozialen Wohlfahrtsstaates vermehrt in private Hände gelegt werden. Privater Innovationskraft wird nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im Sozialwesen ein höherer Wirkungsgrad zugemessen als staatlicher Verwaltung. »Eine ansteigende Welle von sozialem Unternehmertum folgt der Welle des geschäftlichen Unternehmertums.« – so beschrieb *Sir Ronald Cohen* (2014, zitiert nach Michler 2014), Gründer des Finanzinvestors Apax Partners, die Hintergründe dieser Entwicklung auf einer Tagung der Bertelsmann Stiftung.

1.2 Stand der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung

Seit Beginn der Entwicklung in den 1980er Jahren ist innovatives soziales Engagement Gegenstand vor allem der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (vgl. Achleitner 2007, Aiken 2010: 153 ff., Ashoka Deutschland 2007, Harbrecht 2010, Mair et. al 2006, Nicholls 2006, Perrini 2006, Rummel 2011, Waddock 2009). Die Forschergruppe EMES (Emergence des Enterprises Sociales en Europe) hat im Vergleich zwischen 15 Mitgliedstaaten die EU Kriterien für »Social Enterprise« erarbeitet: Es handelt sich um »not-for-profit« Organisationen, die Produkte oder Dienstleistungen anbieten, um hierdurch unmittelbar soziale Zwecke zu erfüllen (vgl. Defourny/Nyssens 2010: 43). Die Stiftung Mercator lässt im Rahmen des Mercator Forscherverbundes »Innovatives Soziales Handeln. Social Entrepreneurship« der Frage nachgehen, ob dieser Ansatz geeignet ist, die Gesellschaft nachhaltig zu verbessern (vgl. Lorentz/Streiter 2012: 28)⁵ und das Centrum für Soziale Investitionen der Universität Heidelberg (CSI) hat »Soziale Investitionen als Leitbegriff einer neuen Forschungsagenda« ausgemacht (Anheier et. al. 2012: 5, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2013, Scheuerle et al. 2013).

5 Nähere Informationen, auch zur Abschlusskonferenz am 29.06.2012 an der Zeppelin University in Friedrichshafen, unter www.stiftung-mercator.de/social-entrepreneurship, Zugriff 10.02.2014.

1.3 Begleitung des NPO-Managements als Aufgabe der Rechtswissenschaft

Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen von Social Entrepreneurship, Social Fonds und Venture Philanthropie und deren besonderen Fragestellungen sind hingegen bislang weniger untersucht worden (vgl. Schönenberg 2011, Linklaters LLP 2006).⁶ Während sich die benachbarten Gesellschaftswissenschaften früh mit diesen Phänomenen beschäftigt haben, erstaunt die weitgehende Abstinenz der Rechtswissenschaft, ist die Grundlage erfolgreichen Handelns von Social Entrepreneurs und Social Investment doch das passende Rechtskleid. Die mangelnde wissenschaftliche Beschäftigung mag auch ein Grund dafür sein, dass die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland noch kaum ausgerichtet sind auf wirtschaftliche Betätigungen von Social Entrepreneurs (vgl. Weitemeyer 2012a: 91). Wirtschaftliches Handeln von sozialunternehmerisch tätigen gemeinnützigen Nonprofit-Organisationen und nicht gemeinnützigen, aber im Low-Profit-Bereich tätigen Social Business Organisationen mit dem Ziel einer »sozialen Rendite«⁷ wird im Grunde allenfalls akzeptiert. Deshalb sollte die rechtswissenschaftliche Forschung im Zusammenspiel mit den Sozial- und Politikwissenschaften dazu beitragen, notwendige Reformen zu erkennen, in der Öffentlichkeit anzumahnen, ihre – inzwischen im Koalitionsvertrag (2013) der 18. Legislaturperiode vorgesehene – Umsetzung vorzubereiten und zu begleiten, um Social Entrepreneurship zu unterstützen und zu fördern.

Auf welchen Gebieten aktueller Reformbedarf besteht, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Hierzu werden zunächst die zivilrechtlichen Rechtsformen für sozialunternehmerische Tätigkeiten einer Revision unterzogen und sodann die steuerlichen Rahmenbedingungen untersucht, die trotz der Fortschritte, die das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts vom 21. 3. 2013 gebracht hat, weiter verbesserungswürdig sind. Abschließend wird vor dem Hintergrund eines vielfältigen Angebots an speziellen Rechtsformen für Social Entrepreneurs im Ausland gefragt, ob sich hieraus Vorschläge für die Schaffung neuer Rechtsformen in Deutschland gewinnen lassen.

6 vgl. <http://www.linklaters.com/pdfs/publications/community/Schwab2.pdf>, Zugriff 10. 02. 2014.

7 www.visionsummit.org/newsdetail.html, Zugriff 10. 2. 2014.

2 Social Entrepreneurship als Gegenstand rechtswissenschaftlicher Forschung

Insbesondere die als Social Business bezeichneten Organisationen versuchen, ihre Erträge selbst zu erwirtschaften und wieder zu refinanzieren, um eigenwirtschaftliche soziale »Renditen« zu erzielen.⁸ Angesichts der zumeist geringen Gewinnmargen muss die Rechtsform einfach zu handhaben und kostengünstig sein, was mit den bestehenden Rechtsformen nicht ohne weiteres zu verwirklichen ist. Dies soll anhand der von Social Entrepreneurs gewählten Rechtsformen Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Verein, Genossenschaft, Kooperationsgesellschaft, gemeinnützige GmbH, Unternehmergesellschaft und Aktiengesellschaft gezeigt werden.

2.1 Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Da das Handeln von engagierten Einzelpersonen mit Haftungsrisiken behaftet ist, entsteht für viele Social Entrepreneurs die Frage der Wahl einer geeigneten Rechtsform mit Haftungsbeschränkung, zumal nur Organisationen in der Form einer Körperschaft nach § 51 Abs. 1 Abgabenordnung (AO) den Status der Gemeinnützigkeit erlangen, also steuerfreie Einnahmen generieren (§ 5 Körperschaftsteuergesetz [KStG], § 9 Gewerbesteuergesetz [GewStG]) und als Sonderausgaben steuerbegünstigt Spenden empfangen (§ 10b Einkommensteuergesetz [EStG]) können. Nicht durchgesetzt hat sich die Forderung, auch rechtsfähigen Personengesellschaften solle die steuerliche Gemeinnützigkeit zuerkannt werden (vgl. Ullrich 2011: 82 ff.).

2.2 Verein

Wollen Social Entrepreneurs einen Idealverein gründen, sind gem. § 56 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) mindestens sieben Gründer erforderlich. Die Rechtsform eignet sich daher vor allem dann, wenn mehrere Personen ihre Interessen bündeln, um etwa im Rahmen der Selbsthilfe einen Dorfladen oder eine Kita zu betreiben. Werden solche Vereine jedoch überwiegend wirtschaftlich tätig, handelt es sich von der Struktur her um einen wirtschaftlichen Verein im Sinne des § 22 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Diese Rechtsform wird durch die zustän-

8 www.visionsummit.org/newsdetail.html, Zugriff 10. 2. 2014.

digen Vereinsbehörden nur in Ausnahmefällen erlaubt, wenn keine andere passende Rechtsform zumutbar ist (vgl. Reuter 2012: §§ 21, 22 Randnummer 74). Hintergrund ist, dass wirtschaftliche Betätigungen zum Schutz des Rechtsverkehrs vorrangig in den Formen der Kapitalgesellschaften oder der Genossenschaft durchgeführt werden sollen (vgl. Schmidt 2002: 680). Unschädlich für den idealen Charakter eines Vereins sind wirtschaftliche Betätigungen nur dann, wenn sie lediglich eine Nebentätigkeit des Vereins darstellen (Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen [BGHZ], Band 15, S. 315, 319). Wann dies konkret der Fall ist, wird unterschiedlich bewertet (vgl. Reuter 2012: §§ 21, 22 Randnummer 8) und wird in der jüngeren Praxis der Registergerichte, etwa bei Kita-Vereinen, zunehmend enger gesehen als in der Vergangenheit (vgl. ebd.). Auf dem Prüfstand stehen könnten in der Zukunft auch etwa Weltläden, die sich überwiegend nicht durch Mitgliedsbeiträge, sondern durch den Verkauf von Waren finanzieren, oder die als Idealverein firmierende Fraunhofer-Gesellschaft (Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.), die laut ihrer Internetseite 60 % ihrer Forschungseinnahmen aus Auftragsforschung erzielt.⁹ Auch die durch das ADAC-Urteil des BGH (Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen [BGHZ] Band 85, S. 84) früher bejahte Frage, ob der Verein als Holding noch ideelle Zwecke verfolgt, wenn er eine umfangreiche wirtschaftliche Tätigkeit in selbständige Tochterkapitalgesellschaften ausgliedert, ist durch die jüngst aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe des »Gelben Engels« an erfolgreiche Automarken durch den ADAC neu aufgeworfen worden und wird jetzt durch das zuständige Registergericht neu geprüft. Die Diskussion über die Reichweite des Nebenzweckprivilegs (vgl. Reuter 2012: §§ 21, 22 Randnummer 19) ist hierdurch wieder eröffnet worden. Die gegenwärtige Rechtslage ist damit geprägt von fehlender Rechtssicherheit für die Einordnung als wirtschaftlicher Verein, während für historisch gewachsene Vereine ein Vollzugsdefizit konstatiert wurde, wenn diese sich im Laufe der Zeit zu wirtschaftlich umfangreich tätigen Vereinen entwickelt haben (vgl. Segna 2009: 39 ff.).

Die Diskussion darüber, ob man nach einem Vorschlag des Bündnisses für Gemeinnützigkeit¹⁰ § 22 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in der Weise fassen sollte, dass gemeinnützige Vereine trotz einer umfangreichen wirtschaftlichen Tätigkeit im Rahmen eines Zweckbetriebs oder eines unschädlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs als bloßes Instrument der Mittelbeschaffung auch zivilrechtlich unbeanstandet Idealvereine sein sollen (kritisch Weitemeyer 2012a: 91), ob man die Rechtsform des Idealvereins auf kleinere, überschaubare Strukturen ohne

9 vgl. <http://www.fraunhofer.de/ueber-fraunhofer/geschaeftsmodell>, Zugriff 10. 02. 2014.

10 vgl. Bündnis für Gemeinnützigkeit, www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org, Gesetzgebungsinitiative, letzter Zugriff am 10. 6. 2012.

nennenswerte wirtschaftliche Tätigkeiten beschränkt und eine Beherrschung von wirtschaftlichen Tochtergesellschaften als schädlich ansieht (vgl. Reuter 2012: §§ 21, 22 Randnummer 19), alternativ die Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins aktiviert, wenn nach Größe und Struktur, bezogen auf Umsatz- und Gewinn Grenzen sowie bei überwiegend ehrenamtlicher Mitarbeit nicht genug Gewinn für die Rechtsform der GmbH, der Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt) oder der Genossenschaft erwirtschaftet wird (vgl. Bösche 2010: 40, 51), oder schließlich das Recht des Idealvereins reformiert, indem entsprechend nach Größenklassen stärkere verpflichtende Transparenz- und Governancestrukturen geschaffen werden, ist derzeit völlig offen und sollte von einer breiten gesellschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Diskussion begleitet werden.

2.3 Genossenschaft und Kooperationsgesellschaft

Obwohl an sich eine klassische Rechtsform zur Hilfe zur Selbsthilfe, werden Genossenschaften in Deutschland zunehmend unattraktiv. Im Jahre 2008 gab es in Deutschland 7 491 Genossenschaften, im Jahr 2013 konnte man nur noch 5 669 Genossenschaften zählen (vgl. Beiter 2009: 14 ff., Bösche 2005: 105 ff.). Viele Genossenschaften haben sich in Aktiengesellschaften und GmbH umgewandelt (vgl. Beuthien 2011: Einleitung Randnummer 17). Dies wird auch darauf zurückgeführt, dass die Prüfungspflichten für Genossenschaften recht umfangreich sind und gerade kleine Genossenschaften im Vergleich zum Verein oder zur kleinen GmbH mit Kosten von 1 000 bis 4 000 Euro sowie mit der doppelten Gründungsprüfung durch das Registergericht und den Prüfverband übergebührlich belasten (vgl. Beuthien 2011: § 53 Randnummer 13). So geht die Pflichtprüfung über die von Kapitalgesellschaften nach §§ 316 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) hinaus und stellt die intensivste Art der Prüfung dar, da das Genossenschaftsgesetz sie nicht als reine Jahresabschlussprüfung versteht, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Ordnungsgemäßheit der Geschäftsführung und die Zweckmäßigkeit und Förderwirtschaftlichkeit der Gesamtgeschäftsführung untersucht werden (vgl. Beuthien 2011: § 53 Randnummer 13). Die Erleichterungen für Kleinstkapitalgesellschaften im Sinne des § 267a Handelsgesetzbuch (HGB) sind auf Genossenschaften nicht anzuwenden.

Das Entstehen von neuen genossenschaftlichen Strukturen zeugt jedoch von Bedarf für diese Rechtsform. So bündelt die *Regionalwert AG*¹¹ das Geld und die Interessen von Kleinaktionären zu Investitionen in ökologische Landwirtschaft

11 vgl. www.regionalwert-ag.de, Zugriff 10. 02. 2014.

und versorgt ihre Aktionäre mit einer Rendite in Form von Geld und von ökologischem »Mehrwert« und Energiegenossenschaften erzeugen Ökostrom und setzten sich für eine nachhaltige Energieerzeugung vor Ort ein.¹² Die bereits 2006 geschaffene kleine Genossenschaft mit erleichterten Organisationsvoraussetzungen ist nach § 24 Genossenschaftsgesetz (GenG) jedoch auf maximal 20 Mitglieder beschränkt, was für einen Dorfladen oder eine Bürger-Energiegenossenschaft zu wenig sein wird. Letztlich sollte auf dieser Grundlage in Deutschland über die Schaffung einer Mini-Genossenschaft nachgedacht werden. Der Petitionsausschuss des Bundestages unterstützt dies¹³ und das Bundesministerium der Justiz hat in der vergangenen Legislaturperiode den Entwurf einer Kooperationsgesellschaft vom 8.3.2013 vorgelegt, der die Forderungen nach einer Verschlankung des Genossenschaftsrechts umsetzen soll.¹⁴ Nach dem Vorbild einer Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) soll eine Kooperationsgesellschaft (haftungsbeschränkt) für sehr kleine Zusammenschlüsse gegründet werden, die von der Pflichtprüfung und Pflichtmitgliedschaft in einem Prüfverband befreit wären. Die Grenzen sollen bei 500 000 EUR Umsatzerlösen und 50 000 EUR Jahresüberschuss liegen, § 122 Genossenschaftsgesetz-Entwurf (GenG-E). Im Übrigen werden etwa die Anforderungen an die Rechnungslegung von Kleinstgenossenschaften an die für Kleinstkapitalgesellschaften angeglichen, § 336 Abs. 2 S. 3 Handelsgesetzbuch-Entwurf (HGB-E). Auch nach der Bundestagswahl im September 2013 ist der Referentenentwurf auf der Homepage des BMJ verblieben und soll dem Vernehmen nach weiter verfolgt werden, allerdings ohne dass der Vorschlag in der rechtswissenschaftlichen Community nennenswert diskutiert worden ist.

2.4 GmbH und UG

Wird der Social Entrepreneur tatsächlich überwiegend am Markt tätig und bietet Leistungen gegen Entgelt am Dritte an, ohne dass es sich um eine genossenschaftliche Struktur der Hilfe zur Selbsthilfe handelt, bietet sich die Rechtsform einer für alle Zwecke offen stehenden Kapitalgesellschaft an. Eine Organisationsbefragung der Initiative Zivilgesellschaft in Zahlen (ZIVIZ) hat bereits 10 006 gemeinnützige GmbHs ausgemacht (Bertelsmann Stiftung et. al. 2012: 13). Für die Gründung einer GmbH sind allerdings 25 000 EUR an Stammkapital aufzubrin-

12 vgl. etwa die www.buergerenergie-stuttgart.de, Zugriff 10. 02. 2014.

13 vgl. http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_05/2012_227/01.html, Zugriff 10. 06. 2012.

14 Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung der Kooperationsgesellschaft und zum weiteren Bürokratieabbau bei Genossenschaften, www.bmj.de, Zugriff 20. 02. 2014.

gen, § 5 Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG). Während größere Nonprofit-Organisationen als Trägerkörperschaften solcher gGmbHs (etwa die *Start-Stiftung gGmbH* der *Gemeinnützigen Hertie-Stiftung*¹⁵) diesen Betrag leicht aufbringen können, ist dies für einzelne Social Entrepreneurs schwieriger. Als Alternative mit geringerem Kapitalbedarf kommt seit dem MoMiG (Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen vom 23. 10. 2008, Bundesgesetzblatt [BGBl.], Teil I, Jahrgang 2008, S. 2026) allerdings die als Antwort auf ausländische Rechtsformen ohne Mindestkapital geschaffene Unternehmergesellschaft in Betracht, die als »UG (haftungsbeschränkt)« firmieren muss, § 5a Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG). Die gemeinnützige Unternehmergesellschaften, also die geradezu wörtliche Entsprechung für »Social Entrepreneurship«, bietet wie die GmbH eine Beschränkung der Haftung auf das Gesellschaftsvermögen, § 13 Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG), kann aber ohne ein Mindestkapital gegründet werden, wenn sie jeweils ein Viertel ihres Jahresgewinns in eine Kapitalrücklage bis zur Höhe von 25 000 EUR einstellt. Inzwischen ist nach Vorarbeiten in der Wissenschaft auch geklärt, dass die Mittel für die Kapitalrücklage nicht frei zur Verfügung stehen und daher auch nicht nach gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben (§ 55 Abs. 1 Nr. 5 Abgabenordnung [AO]) zeitnah ausgegeben werden müssen (Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung v. 31. 03. 2009, Der Betrieb [DB], Jahrgang 2009, S. 934, Ullrich 2009: 750, Hüttemann 2012b: 250, 251, BMF-Schreiben v. 17. 01. 2012 – IV A 3-S 0062/08/10007-12, IV C 4-So171/07/0038-007, Nr. 21 zu § 55 AO).

Die Annahme der neuen Rechtsform UG (haftungsbeschränkt) durch die gemeinnützige Praxis hat gezeigt, dass ein Bedarf nach einer neuen, kostengünstigen und flexiblen Rechtsform für Social Entrepreneurs besteht. Entstanden ist sie in intensiver wissenschaftlicher, auch rechtsvergleichender Diskussion um die Funktion eines Mindestkapitals im Rahmen der Reform des GmbH-Rechts durch das MoMiG. Ob die Rechtsform den Praxistest für Gemeinnützige bestehen wird, muss die weitere, auch empirisch angelegte rechtswissenschaftliche Forschung belegen. Bezeichnend ist allerdings, dass diese intensive und hochkarätige wissenschaftliche Diskussion vorrangig um die For-Profit-Variante der UG geführt worden ist (vgl. Roth 2014, im Erscheinen), da die Vertreter des traditionellen For-Profit-Gesellschaftsrechts sich kaum mit den Nonprofit-Organisationen beschäftigen. Dies ist bedauerlich, zeigt die MoMiG-Diskussion doch, wie stark sich eine Reform des Gesellschaftsrechts dogmatisch durchdenken und vorbereiteten lässt. Für die Reform des Vereins- und des Genossenschaftsrechts wünscht man sich

15 vgl. www.start-stiftung.de/stiftung_stiftung, Zugriff 10. 06. 2012.

eine vergleichbar intensive Diskussion. Zum Vorschlag einer Kooperationsgesellschaft findet man aber vergleichsweise wenig. So äußern sich lediglich die Interessenvertreter, etwa der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen sowie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, und zwar durchweg kritisch.¹⁶

2.5 Aktiengesellschaft

Als neuer Akteur im Gemeinnützigkeitssektor findet vermehrt die Aktiengesellschaft (AG) Zuspruch, so etwa die Berliner Zoo AG. Ihr Vorteil ist, dass man Interessierte als Aktionäre an der Organisation beteiligen kann. Dies bietet sich an, wenn eine größere Zahl von Akteuren gebündelt werden soll, weil der Vorstand einer AG anders als der Geschäftsführer der GmbH keinen Weisungen der Gesellschafter unterworfen ist, § 76 Aktiengesetz (AktG), und daher das Unternehmen im Tagesgeschäft eigenständig nach unternehmerischen Leitlinien führen kann. Zudem kann man den Beteiligten mit einer Aktie einen eher symbolischen Gegenwert für ihre Beteiligung in die Hand geben. Denn ist die AG gemeinnützig, kann der Aktionär lediglich seine Einlage zurückerhalten (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 Abgabenordnung [AO]), an einem Liquidationsgewinn darf er nicht teilhaben und es dürfen keine Dividenden ausgeschüttet werden, was in der Satzung zu regeln ist (vgl. Weber 2014, erscheint demnächst). Ungeklärt ist aber, ob die Aktien, die immerhin einen hohen ideellen Wert haben können, nicht doch mit Gewinn an einen Erwerber verkauft werden können (vgl. ebd.).

3 Steuerrechtliche Aspekte und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Neben dem Recht der zivilrechtlichen Rechtsformen spielen die steuerlichen Rahmenbedingungen für betriebswirtschaftlich sinnvolle Strukturen von Social Entrepreneurs eine wichtige Rolle und sind im Gegensatz zu der Diskussion im Zivilrecht bereits länger und breiter diskutiert worden.

16 vgl. www.dihk.de, Zugriff 20. 02. 2014, www.gdw.de, Zugriff 20. 02. 2014.

Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement
Quo vadis?

Zimmer, A.; Simsa, R. (Hrsg.)

2014, X, 442 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-06176-0